

Notfalls öffentliche Beschäftigungsangebote

„Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat eine neue Initiative seiner Partei angekündigt, mit der eine Halbierung der Vermittlungsdauer von Arbeitslosen erreicht werden soll. Auf dem Parteitag der CDU in Leipzig betonte er, den zwei Millionen Langzeitarbeitslosen in Deutschland dürfe nicht nur Arbeitslosen- und Sozialhilfe gezahlt werden. Vielmehr müsse an einer Lösung gearbeitet werden, die dazu führe, „dass künftig jedem arbeitsfähigen Empfänger von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine Arbeitsgelegenheit nachgewiesen werden kann, notfalls auch in Form eines öffentlichen Beschäftigungsangebots“.

Nachdrücklich setzte sich Schäuble darüber hinaus für eine weitere Initiative zur Vermögensbildung ein, die mit Maßnahmen zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland und mit einem besseren Zugang für kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründer zu Eigen- und Risikokapital verbunden werden müsse. Der CDU-Politiker forderte eine Entlastung des Faktors Arbeit und eine Verteuerung des Energie- und Rohstoffeinsatzes“.

Nach: Handelsblatt Nr. 198 vom 15.10.1997

